



Gunther Krichbaum

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/227-70371 Telefax: 030/227-76371
E-Mail: gunther.krichbaum@bundestag.de
www.gunther-krichbaum.de

Berlin aktuell

Union bleibt stabile Kraft der Großen Koalition

Nach dem Führungswechsel ist die SPD tief gespalten

Nach dem würdelosen Umgang mit ihrem Bundesvorsitzenden Beck sucht die SPD nun ihr Heil in einer neuen Spitze. Die entscheidenden Fragen bleiben jedoch weiterhin ungeklärt. Während der designierte Beck-Nachfolger Müntefering erklärt, seine Partei werde nach der Bundestagswahl auf keinen Fall mit der Linkspartei koalieren, demonstriert Frau Ypsilanti in Hessen weiter, wie unglaublich sozialdemokratische Wahlversprechen sind.

Unter Bruch aller vor der Wahl abgegebenen Beteuerungen und nur angetrieben von ihrem eigenen Machtwillen sucht sie weiterhin die Zusammenarbeit mit den Alt-Kommunisten. Jetzt sind Kanzlerkandidat Steinmeier und der künftige SPD-Vorsitzende Müntefering aufgefordert, die Glaubwürdigkeit der SPD wiederherzustellen und den hessischen Experimenten ein Ende zu bereiten.

Unklarheit herrscht auch hinsichtlich des weiteren wirtschafts- und sozialpolitischen Kurses der Sozialdemokraten: Wollen sie weiter in der unionsgeführten Bundesregierung die notwendige Modernisierung unseres Landes vorantreiben oder flüchten sie in die Realitätsverweigerung linker Wohlfühlpolitik? Bekennt sich die Parteiführung zu den Erfolgen der Sozial- und Arbeitsmarktreformen oder folgt sie den Forderungen des linken Flügels nach höheren Transferleistungen und Rücknahme der Reformen? Wir fordern die SPD-Führung auf, in dieser Frage endlich Klarheit herzustellen.

Angesichts der Zerrissenheit der SPD ist die Union als der stabile Pfeiler der großen Koalition umso mehr gefordert. Auf uns kommt es deshalb an, wenn auch im letzten Jahr der Legislaturperiode wichtige

politische Projekte entschlossen angegangen werden sollen. Vor uns liegt noch viel Arbeit: Reform der Erbschaftsteuer, Föderalismusreform II, Senkung der Lohnnebenkosten sind nur einige wichtige Stichworte. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bekennt sich klar und eindeutig zur Regierungsverantwortung in der Großen Koalition und wird alles tun, auch die verbleibende Zeit bis zur Bundestagswahl zum Erfolg werden zu lassen.

Mit dem Ziel, den Bürgern eine Entlastungsperspektive aufzuzeigen, haben wir uns auf ein Entlastungspaket in einem Umfang von zehn Milliarden Euro verständigt. Dazu gehören die verbesserte steuerliche Abzugsfähigkeit der Beiträge zur privaten und gesetzlichen Krankenversicherung, die Erhöhung des Kindergeldes und des Kinderfreibetrages sowie die Absenkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung. Der Fraktionsvorstand fordert die Absenkung des Beitragssatzes von derzeit 3,3 auf 2,8 Prozent; damit können Arbeitnehmer und Arbeitgeber um insgesamt weitere vier Milliarden Euro entlastet werden. Eine Absenkung in diesem Umfang ist finanzierbar, die bei der Bundesagentur für Arbeit aufgelaufenen Überschüsse müssen an die Beitragszahler zurückgegeben werden.

Klar ist auch, dass noch enorme Anstrengungen im Bildungsbereich unternommen werden müssen, um eine der grundlegenden Ursachen für Langzeitarbeitslosigkeit zu beseitigen, nämlich schlechte Schulbildung und fehlende Schulabschlüsse.

Die SPD bleibt aufgefordert, ihre innerparteilichen Differenzen im Interesse der Wahrung der Handlungsfähigkeit der großen Koalition möglichst rasch zu klären.

Haushaltswoche im Bundestag

In erster Lesung wurde in dieser Woche das Haushaltsgesetz 2009 beraten. Der von der Bundesregierung vorgelegte Entwurf zeigt, dass wir bei der Konsolidierung des Bundeshaushalts gut vorangeschritten sind. Zugleich bekräftigt die Koalition ihren Willen, durch den weiteren stufenweisen Abbau der Nettokreditaufnahme in den Jahren 2009 und 2010 im Jahr 2011 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen.

Der Haushalt 2009 sieht Ausgaben in Höhe von 288,4 Milliarden Euro vor. Die Investitionen im Bundeshaushalt werden um eine Milliarde Euro gegenüber 2008 steigen, vor allen Dingen in den Bereichen Forschung, Bildung, Entwicklung sowie Verkehr. Die Investitionsausgaben erreichen eine Höhe von durchgängig 25 Milliarden Euro jährlich bis zum Jahr 2012. Dabei werden trotz aller Sparanstrengungen Schwerpunkte bei wachstums- und beschäftigungsfördernden Ausgaben gesetzt. Die zukunftsorientierten Bereiche Klimaschutz, Forschung und Entwicklung sowie Entwicklungshilfe werden spürbar ausgebaut.

Ferner setzen wir einen besonderen Schwerpunkt in der Familienpolitik. Neben dem neu eingeführten Elterngeld, dem verstärkten Ausbau der Kinderbetreuung für unter Dreijährige und den Verbesserungen beim Kinderzuschlag für Geringverdiener ist die geplante Erhöhung von Kindergeld und Kinderfreibetrag ab 2009 ein zentrales Anliegen unserer zukunftsorientierten Familienpolitik. Hierfür werden wir die haushaltsmäßigen Voraussetzungen schaffen. Im Bereich der Arbeitsmarktpolitik müssen alle Voraussetzungen für eine weitere Absenkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung ab 2009 geschaffen werden. Die Union ist überzeugt, dass es insbesondere durch Effizienzsteigerungen bei den Eingliederungshilfen gelingen kann, den Beitragssatz auf mind. 2,8% zu reduzieren. Im Bereich der Langzeitarbeitslosigkeit müssen noch intensivere Anstrengungen zur Vermittlung und Qualifizierung von Arbeitslosen unternommen werden.

Bundeswehr – Mandatsverlängerung

Neben den Haushaltsberatungen stand in dieser Woche die Verlängerung für drei Mandate für die Auslandseinsätze der Bundeswehr an.

Mit der Beteiligung unserer Marine an der „United Nations Interim Force in Lebanon (UNIFIL)-Mission“ vor der libanesischen Küste tragen wir erfolgreich zur Stabilisierung der Lage im Nahen Osten bei. Mit der Mandatsverlängerung bringt Deutschland seinen Willen zum Ausdruck, auch im Libanon weiter zur Stabilisierung des Nahen Ostens wesentlich beizutragen. Das Unterbinden des Waffenschmuggels soll ein Wiederaufflammen des Konflikts verhindern und die Regierung von Ministerpräsident Siniora unterstützen. Zusätzlich werden die Fähigkeiten der libanesischen Marine zur Sicherung der eigenen Seegrenzen durch Ausrüstungs- bzw. Ausbildungshilfe fortlaufend verbessert. Aufgrund erster Erfolge kann die Mandatsobergrenze für die Bundesmarine von 1.400 auf 1.200 Soldaten reduziert werden. Das Mandat wird um 15 Monate bis zum 15. Dezember 2009 verlängert, damit ein neuer Bundestag nach der Wahl im kommenden Jahr ausreichend zeitlichen Spielraum hat.

Die schwierige Sicherheitslage im Sudan erfordert es, dass wir unsere Anstrengungen dort ebenfalls fortsetzen. Im Rahmen der UNAMID-Mission zum Schutz der notleidenden und verfolgten Zivilbevölkerung ist die Bundeswehr mit 250 Soldaten beteiligt. Sie unterstützen die afrikanische Friedenstruppe vor allem mit Transportflügen. Außerdem helfen 75 deutsche Soldaten im Rahmen von UNMIS, die schwierige Umsetzung des Nord-Süd-Friedensabkommens von 2005 zu überwachen und zu unterstützen.

Für alle Auslandseinsätze gilt: Wir schicken unsere Soldatinnen und Soldaten nicht leichtfertig, sondern nur nach genauer Abwägung unserer Interessen und Ziele in Konfliktregionen. Die Entwicklung zeigt, wie erfolgreich die Bundeswehr ihre vielfältigen Aufgaben angeht.